



Ergänzend zum Plenum aktuell möchte ich noch einige Themen aufgreifen:

Neben den Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit des von rot-grün beschlossenen Kommunalwahlgesetzes haben wir im Plenum über den Ausbau der Kinderbetreuung diskutiert. Rot-Grün sieht Rheinland-Pfalz als Vorreiter: Die Kinderbetreuung sei eine Erfolgsgeschichte und die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher seien sehr gut. Ziel ist eine Kinderbetreuungsquote von 45 % als „knallharter ökonomischer Faktor“ (Zitat Herr Köbler) Dem müssen wir vehement widersprechen: Die Quote wird derzeit erzielt auf dem Rücken der Kinder, der Erzieherinnen und der Kommunen. Die Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesstätten ist weiterhin von vielen Unsicherheiten bei den Kommunen begleitet. Die Erzieherinnen und Erzieher sind mit immer weitergehenden Aufgaben konfrontiert. Und die Kinder können aufgrund von Zeitmangel nicht optimal und individuell gefördert werden. Eine rein wirtschaftlich motivierte Quote geht zu Lasten der Qualität und wird dem eigentlichen Sinn der Kinderbetreuung nicht gerecht!

Im Rahmen der mündlichen Anfragen kam das Thema „Neuverschuldung der Länder 2013“ zur Aussprache. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 8.082,-- € liegt Rheinland-Pfalz erschreckenderweise über 41% über dem Durchschnitt aller Flächenländer der Bundesrepublik Deutschland. Wer bei dieser Ausgangslage noch eine Friedensakademie für 600.000,-- beschließt und mit der neuen Energieagentur Doppelstrukturen schafft, der verschwendet Geld. Der Rechnungshof hat in seinem aktuellen Bericht vom 18. Februar 2014 deutlich auf diese Misswirtschaft hingewiesen.

In unserer aktuellen Stunde am 2. Tag zu „Kommunen bei Inklusion nicht allein lassen“ wurde deutlich, dass auch hier wieder neue Belastungen auf die Kommunen zukommen werden. Wie im Schulgesetz verankert, sind Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte vom Land zu bezahlen, Schulumbaumaßnahmen, die aufgrund der Umsetzung des uneingeschränkten Elternwillens an Regelschulen oder Schwerpunktschulen notwendig werden, damit integrativer Unterricht stattfinden kann, sind von den Kommunen zu tragen. Diese Umbaumaßnahmen und notwendigen Anpassungen seien nicht laut Bildungsministerium nicht konnexitätsrelevant.

Unsere mündliche Anfrage zur Situation der Schulsozialarbeit vom Plenum im Januar ist mittlerweile beantwortet und als Anlage angehängt.

Eine weitere mündliche Anfrage zu Sprachförderkursen für nach Deutschland eingereiste schulpflichtige Kinder und Jugendliche reiche in Ihnen gerne nach Beantwortung durch das Bildungsministerium nach.

Herzlichst

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Marion Schneider". The signature is written in a cursive style with a small dot above the 'i' in "Schneider".

Marion Schneider

Bei Anliegen und Anregungen: Wahlkreisbüro Marion Schneider, Tel. 0621/5915715

Mail: marion.schneid@cdu.landtag.rlp.de oder mail@marion-schneid.de